

Landes-CDU will trotz erheblicher Verluste weiter regieren:

Auch viele Püttlinger fühlen sich verschaukelt

Die CDU befindet sich schon lange im Sinkflug, wie die Wahlergebnisse in unserer Stadt bestätigen. Betrachten wir doch die Wahlen zum Deutschen Bundestag in den letzten 20 Jahren:

Bu-wahl 1990: 6.602 Zweitstimmen
Bu-wahl 1994: 6.118 Zweitstimmen
Bu-wahl 1998: 5.180 Zweitstimmen
Bu-wahl 2002: 5.336 Zweitstimmen
Bu-wahl 2005: 4.531 Zweitstimmen
Bu-wahl 2009: 4.254 Zweitstimmen

Aber auch bei den Landtagswahlen geht es deutlich bergab. Am 30. August d.J. konnte die CDU in Püttlingen nur 4.460 Stimmen erzielen, nachdem sie bei der vorangegangenen Wahl in 2004 noch 5.013 Wähler mobilisierte.

Dass die CDU bei den Stadtratswahlen im Juni mit 4.848 Stimmen etwas über den Ergebnissen bei den diesjährigen

Landtags- und Bundestagswahlen lag, kann die Union wenig trösten. Immerhin erreichte die CDU vor fünf Jahren noch 5.041 Stimmen und davor 6.054 (in 1999) und 6.817 (in 1994).

Verluste auf der ganzen Linie! Immer mehr Wähler wenden sich von dieser Partei ab, weil sie eine politische Neuorientierung wollen. Deshalb hat z.B. die Linkspartei bei den Landtagswahlen in Püttlingen 22,9 % (landesweit 21,3 %) und bei den Bundestagswahlen 21,1 % (landesweit 11,9 %) erreicht.

Jetzt fühlen sich viele Bürger auch in unserer Stadt verschaukelt, denn die Ablösung der CDU-Landesregierung wird von Hubert Ulrich & Co. hintertrieben. Obwohl schmachlich gescheitert, kann Peter Müller weitermachen, weil er in der Jamaika-Koalition willfähige Partner findet (Siehe auch Seite 2 dazu).

Wärmedämmung an Schulen und städtischen Turnhallen:

Ziel ist die Einsparung von Energiekosten



Auch an der Barbarahalle Ritterstraße und dem Nebengebäude werden derzeit Energie sparende Maßnahmen realisiert. Dabei darf nicht übersehen werden, dass bei Städten und Gemeinden ein riesiger Nachholbedarf an Investitionen besteht. Bundesweit wird im kommunalen Bereich mit einem jährlichen Investitionsbedarf von 47 Milliarden Euro gerechnet, im Saarland liegt der Bedarf bei jährlich etwa einer halben Milliarde Euro.



In der Stadtverwaltung wird über eine Erhöhung der Friedhofsgebühren nachgedacht, denn aus Sicht der Werkleitung ist derzeit „nur“ ein Kostendeckungsgrad von etwa 35 Prozent erreicht. Mittelfristig sollen 65 Prozent angestrebt werden. Die DKP wird sich im Stadtrat diesem unverschämten Aderlass der Püttlinger Bürger widersetzen.

Trübe Aussichten für das Volk:

Harter Sparkurs bringt neue Belastungen

Noch ist die Regierungsbildung in Berlin nicht abgeschlossen, aber schon jetzt ist sicher, dass von der CDU/FDP-Koalition künftig ein „harter Sparkurs“ gesteuert wird. Viele Wahlversprechungen werden dem zum Opfer fallen, so auch die „schnelle Entlastung der Familien“. Nur Unternehmen und Leute „mit mittleren Einkommen“ dürfen auf Verbesserungen hoffen. Die meisten Arbeiterfamilien, Rentner, Hartz-IV-Bezieher und Niedriglöhner werden aber davon nichts spüren.

Schon wieder erhöht die Bahn ihre Preise

Ab Mitte Dezember werden die Fahrpreise der Deutschen Bahn wieder um 1,8 Prozent teurer. Sowohl der Fern- als auch der Nahverkehr sind davon betroffen. Vor allem Familien mit geringem Einkommen spüren diese Erhöhung.

FDP und Grüne betätigen sich als Wasserträger der CDU:

Mit Wählerbetrug an der Macht bleiben

„Wer grün wählt, wird sich schwarz ärgern“, warnte Oskar Lafontaine im Landtagswahlkampf. Er hat recht behalten. Auch wenn Hubert Ulrich wie ein ertappter Betrüger hartnäckig leugnete, bleibt es trotzdem dabei, dass er von Anfang an auf ein Bündnis mit der CDU hinsteuerte. Zu oft hatte er die „Verlässlichkeit der Linken“ in Frage gestellt und „erhebliche Bedenken“ gegen Barbara Spaniol und andere Ex-Grüne zum Ausdruck gebracht. Gerade damit wurde aber psychologisch die Absage an eine Koalition mit SPD und Linken vorbereitet.

Es spricht für Charakterlosigkeit des Grünen-Landeschefs, wenn im zurückliegenden Wahlkampf immer wieder die Ablösung der CDU-Regierung als Ziel propagiert wurde, jetzt aber das genaue Gegenteil praktiziert wird, indem der gescheiterte Ministerpräsident Peter Müller erneut in den Sattel gehievt wird. So etwas ist Wahlbetrug pur.

Jetzt versteckt sich Ulrich hinter der raffiniert eingefädelten Entscheidung des Landesparteitages, dem sogar die Ergebnisprotokolle der Sondierungsgespräche vorenthalten wurden. Die erreichte Mehrheit dient nun als Feigenblatt, welches jedoch nicht darüber hinwegtäuschen kann, dass die wochenlangen Sondierungsgespräche, auch mit SPD und Linken, nur eine ausgeklügelte Farce waren. Es sollten Zeit und Argumente gesammelt werden, um die Jamaika-Koalition in der Partei durchsetzbar zu machen. Ein beachtlicher Teil der Mitglieder, die sich ein Bündnis von Rot-Rot-Grün wünschte, wur-

de damit über den Tisch gezogen. Diese Fehlentscheidung wird wohl kaum ohne Folgen bleiben. Schon hagelt es Meldungen, dass enttäuschte Mitglieder der Partei den Rücken kehren.

Ein anderes Kapitel ist es, wie schamlos die übrigen Parteien um die Gunst der Grünen buhlten. Vor allem die CDU stellte politische Positionen in Frage, die sie sonst mit Zähnen und Klauen verteidigt hat. Plötzlich war man kompromissbereit, schmierte dem grünen Komödianten noch und noch Brei ums Maul, nur um an den Töpfen der Macht bleiben zu können. Offensichtlich würden diese Leute selbst ihre Großmutter dem Teufel verschachern, wenn sie damit ihre Posten absichern können.

Ulrich brüstet sich nun mit den Zusagen, die ihm CDU und FDP gemacht haben. Zwei Ministerposten für eine Zwergepartei sind gewiss ein lukrativer „Dank“ für gelungene Täuschung der Wähler. Und ob über das Rauchverbot hinaus auch Korrekturen an der Schulpolitik, Abschaffung der Studien-



gebühren und andere Vorhaben realisierbar sind, hängt vor allem von der Finanzierbarkeit ab. Es sieht aber kaum danach aus.

Wer sich mit den neoliberalen Machern in CDU und FDP einlässt, muss damit rechnen, dass auch künftig die Folgen der kapitalistischen Krise auf das Volk abgewälzt werden. Deshalb tun die Menschen unseres Landes gut daran, sich mit den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen gegen Abbau von Arbeitsplätzen und sozialen Rechten zu wehren. Eine Politikwechsel steht weiter auf der Tagesordnung.

Es geht um die Sicherheit der Menschen vor Katastrophen:

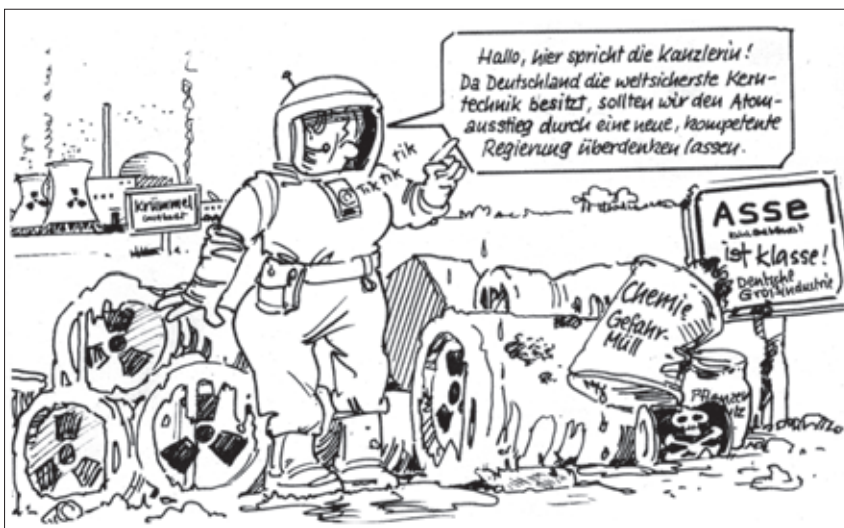
Am Atomausstieg darf nicht gerüttelt werden

Im Jahr 2000 wurde unter der Regierung Schröder-Fischer der Atomausstieg beschlossen. Zahlreiche Havarien in Atomkraftwerken wie Biblis, Brunsbüttel, Krümmel und Endlagern wie Asse haben gezeigt, dass die Gefahren auf unabsehbare Zeit nicht beherrschbar sind. Zwei Drittel der Bundesbürger - so eine Forsa-Umfrage vom Frühjahr 2009 - lehnen inzwischen die Atom-

kraft ab, ein Drittel befürwortet den schnellen Ausstieg.

Doch kaum sind die Bundestagswahlen vorbei und die mit der Atomindustrie verbundenen Parteien CDU/CSU und FDP bilden die neue Regierung, wird dieser Atomausstieg schon in Frage gestellt. Als erster Schritt sollen die Laufzeiten der bestehenden Kernkraftwerke verlängert werden, um anschließend den kompletten „Ausstieg aus dem Atomausstieg“ durchzusetzen.

Die Anti-AKW-Bewegung fordert unmißverständlich: „Nicht rütteln am Atomausstieg!“ Das wird auch von der DKP unterstützt. Wir sind für den kompletten Ausstieg aus der Kerntechnik zur Energieerzeugung und unterstützen den massiven und gezielten Ausbau alternativer Energien.



pro+kontra

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen · Verantw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Weiherbergstr. 51 · Eigendruck

DKP begründet Notwendigkeit einer echten Ganztagschule im Stadtrat

Verwaltung soll zu gegebener Zeit Gespräche mit der neuen Landesregierung aufzunehmen

Während des Wahlkampfes ist viel über die Bildungspolitik im Saarland diskutiert worden. Kritisch wurde dabei betont, dass unser Bildungssystem längst nicht mehr den modernen Anforderungen gerecht wird. Nicht zuletzt habe die Pisa-Studie deutlich gemacht, dass in der Bildungspolitik ein Umdenken notwendig ist. Unisono haben alle Parteien versprochen, sich stärker um die Bildungspolitik kümmern zu wollen. Damit es nicht bei leeren Versprechungen bleibt, hat die DKP folgerichtig beantragt, den Punkt „Einführung einer echten Ganztagschule“ auf die Tagesordnung zu setzen.

Schon in der Kulturausschuss-Sitzung vom 9. September hatte Edith Albert den Antrag der DKP erläutert, bevor Franz Hertel am 30. September im Stadtrat noch einmal die wichtigsten Punkte vortrug. Gleich zu Beginn erklärte der Fraktionsvorsitzende: Unser Ziel ist es, nach einer ausführlichen Beratung hier im Rat einen Beschluss zu fassen, wonach sich die Verwaltung mit einem Antrag an die Landesbehörden wendet, zum nächstmöglichen Termin die Einführung einer echten Ganztagschule zu ermöglichen.

Die DKP ist sich bewusst, dass damit die Probleme im Bildungsbereich keineswegs gelöst werden. Unsere Partei sieht die Notwendigkeit, das überholte dreigliedrige Schulsystem im Saarland aufzugeben und die Gesamtschule verbindlich einzuführen:

Wir wollen der frühen Trennung der Kinder entgegenwirken, die Jungen und Mädchen sollen länger gemeinsam die Schule besuchen, in kleineren Klassen und mit mehr Lehrern ihre Fähigkeiten entwickeln und Schwächen überwinden lernen. Wir wollen eine qualifizierte schulische Bildung für alle, ohne zu frühe Auslese, ohne Ausgrenzung, ohne Zwang und Stress für alle Beteiligten, eine Schule, die Spaß am Lernen fördert und keinen zurück lässt. Längst ist erwiesen, dass in Deutschland eine starke Abhängigkeit der Bildung von sozialer Herkunft besteht und sich gewisse Bildungsprivilegien im Schulwesen immer mehr verfestigen. Damit muss Schluss gemacht werden, Bildung muss allen Lernwilligen gleiche Chancen bieten.

Aus realistischer Sicht betonte Franz Hertel, die DKP sei sich darüber klar, dass im Saarland eine völlig neue Schulstruktur mit neuer Orientierung nicht Knall und Fall umzusetzen sei.

Dennoch müsse damit begonnen werden. Ein wichtiger Beitrag dazu wäre die Einführung echter Ganztagschulen in unserer Stadt. Hier könnte mit einer Schule probeweise begonnen werden, danach sollten die anderen folgen.

Der DKP-Vertreter: „Bisher haben wir in unserer Stadt „freiwillige Ganztagschulen“, die aber diesen Titel

nicht verdienen, weil es sich de facto nur um nachmittags betreute Halbtagschulen handelt. Das ist zwar schon mehr, als es früher war, dennoch ist die gegenwärtige Situation nicht zufrieden stellend.

Im Interesse berufstätiger Mütter und ihrer Kinder brauchen wir eine echte Ganztagschule, wo die Schülerinnen und Schüler bei ganztägiger pädagogischer Betreuung und ordentlicher Beköstigung größere Chancen für ihre Entwicklung haben. Diese echte Ganztagschule muss kostenlos angeboten werden und in den Nachmittagstunden auch die sportliche und kulturelle Förderung zum Inhalt haben“.

Hertel verwies darauf, dass die DKP keineswegs die einzige Kraft sei, die sich für eine echte Ganztagschule engagiere. Auch andere Ratsfraktionen hätten sich in dieser Frage schon artikuliert. Um so erstaunlicher war es, dass die Diskussion quasi ausgebremst

wurde, indem man vorgab, die Entwicklung müsse weiter abgewartet werden. Davon war die DKP-Fraktion gar nicht erbaut.

Am Ende einigte sich der Stadtrat auf den Kompromiss, die „Verwaltung zu beauftragen, zum gegebenen Zeitpunkt Gespräche mit der neuen Landesregierung aufzunehmen und alle rechtlichen und zeitlichen Mög-



Viele Eltern hoffen, dass die Schule Ritterstraße bald zu einer echten Ganztagschule wird.

lichkeiten zur Einführung einer Ganztagschule an den drei Püttlinger Grundschulstandorten bzw. gemeinsam mit dem Regionalverband Saarbrücken an der Erweiterten Realschule Püttlingen zu erörtern“.

Jetzt am Ball bleiben!

Die „Landeselterninitiative für Bildung“ forderte bereits im Spätherbst: „das Schulsystem zu öffnen für ein längeres gemeinsames Lernen, alle Schüler individuell zu fördern, flächendeckend echte Ganztagschulen einzurichten und an den Schulen eine sozialpädagogische Beratung als Unterstützung des Lernens aufzubauen“ (SZ vom 19.11.08).

Auf der Titelseite kündigte die SZ am 2.10.09 einen Beitrag im Innern des Blattes an. Darin fordert die Gesamt-Landeselternvertretung von der neuen Landesregierung ein „flächendeckendes Angebot echter Ganztagschulen“.

Heulen und Zähneklappern soll nach den Wahlen richtig losgehen - Das Volk hat jetzt zwei Möglichkeiten:

Schmerzhaft Belastungen hinnehmen oder Widerstand leisten

Bei der Bundestagswahl am 27. September wurde die Große Koalition abgewählt. Die an der Koalition beteiligten Parteien erzielten teils dramatische Stimmenverluste: Während die CDU ihr zweitschlechtestes Wahlergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik erzielte, erreichte die CSU in Bayern ein desaströses Wahlergebnis; die SPD erlebte ein Debakel und fiel noch hinter ihr Ergebnis aus dem Jahre 1953 zurück.

Die Wählerinnen und Wähler haben den bisherigen Regierungsparteien die Quittung für ihre unsoziale Politik und die Beteiligung der Bundeswehr am Krieg in Afghanistan gegeben. Das sollten die Parteien auch bei den Regierungsbildungen in den Bundesländern beachten.

Obschon die Wahlbeteiligung bundesweit nur bei 71 Prozent lag und lediglich 33,8 Prozent dieser Wähler für die Union votierten, machen CDU/CSU so, als hätten sie immer noch die Mehrheit. Das entspricht aber nicht den Realitäten, denn die Union konnte nur knapp ein Viertel der Wahlberechtigten für sich gewinnen.

Kanzlerin der großen Kapitals

Es grenzt schon an Unverschämtheit, wenn sich die CDU-Vorsitzende jetzt als Wahlsiegerin aufspielt und wieder „Kanzlerin aller Deutschen“ sein will. Ihr Engagement für den Afghanistankrieg, für den Einsatz deutscher Soldaten in aller Welt, für den Abbau sozialer und demokratischer Rechte sowie ihr Antikommunismus disqualifizieren diesen Anspruch: Frau Merkel ist Kanzlerin des Bürgertums und des großen Kapitals - nicht für das Volk!

Trotz ihrer Verluste können die Unionsparteien aufgrund der Gewinne der FDP die neue Regierung bilden und ihre arbeitnehmerfeindliche Politik fortsetzen.

FDP drängt zum Futtertrog

Ein Paradox dieser Wahlen ist, dass ausgerechnet inmitten der tiefsten Krise des neoliberalen Kapitalismus und dem globalen Desaster der neoliberalen Ideologie eine offen neoliberale Partei ihr bestes Wahlergebnis erzielen kann. Der Zuwachs für die FDP erwächst jedoch nicht aus einer allgemeinen Wanderung der Wählerinnen und Wähler zu radikaler neoliberaler Politik, sondern basiert im Wesentlichen auf Verschiebungen innerhalb des „bürgerlichen“ Lagers, von CDU/CSU zur FDP und der Wahlenthaltung ehemaliger SPD-Wähler. Endlich soll der Drang zum Futtertrog für Westerwelle & Co. eine „angemessene“ Belohnung finden.

Ein Fiasko für die SPD

Für die SPD war die Bundestagswahl schockierend. Sie hat ein katastrophales Wahlergebnis erreicht, deprimierend für alle Mitglieder, für die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer. Die



Dicke Backen macht der durch die Landtagswahl stark lädierte MP P. Müller, wenn er behauptet, die CDU sei noch „die einzig verbliebene Volkspartei“ (SZ vom 28.9.09). Im Saarland hat die CDU bei den Kommunalwahlen im Juni landesweit über 10 Prozent an Verlusten eingefahren. Bei der letzten Landtagswahl gingen 13 Prozent verloren und bei der Bundestagswahl musste sie bundesweit 1,4 Prozent abgeben. Tatsache ist also, dass „immer mehr Volk“ dieser Partei den Rücken kehrt.

großsprecherisch angekündigte Aufholjagd von Steinmeier, dem Erfinder der Agenda 2010, hat zu einer bitteren Niederlage geführt. Zwei Millionen bisherige Wählerinnen und Wähler der SPD von 2005 sind gar nicht erst zur Wahl gegangen. Seit 1998 hat die SPD damit insgesamt zehn Millionen Wählerinnen und Wähler verloren. Sie vertritt leider keine gesellschaftliche Alternative mehr und ist Trägerin des Neoliberalismus geworden.

Jetzt radikale Erneuerung?

Die SPD will nun die Glaubwürdigkeit zurückgewinnen. Ob die Ursachen für dieses Desaster nun aufgearbeitet werden und ein „radikaler Erneuerungsprozess“, wie ihn die Juso-Vorsitzende fordert, in der SPD angestoßen wird, muss angesichts der derzeitigen Lage große Skepsis hervorrufen. Auch die Klärung des irrationalen Verhältnisses zur Partei „Die Linke“ steht an. Konkrete Prüfsteine liegen in den Bundesländern Brandenburg, Thüringen und im Saarland, in denen eine Zusammenarbeit mit der Partei „Die Linke“ möglich ist



oder ob erneut Bündnisse mit der CDU angestrebt werden.

Linke als deutliche Gewinner

Die Partei „Die Linke“ wurde bei der Bundestagswahl zur viertstärksten Kraft, blieb bei der Landtagswahl in Brandenburg nur knapp hinter der SPD zweite Siegerin und kam bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein erstmals in den Landtag. In Ostdeutschland wurde die Partei „Die Linke“ bei der Bundestagswahl mit 27,4 Prozent zweitstärkste Kraft und selbst in Westdeutschland erreichte sie durchschnittlich 8,7 Prozent, im Saarland sogar 11,9 Prozent. Dies ist ein Ergebnis ihrer wahlpolitischen Positionen und des Einsatzes ihrer Wahlkämpfer/innen, die für viele Bürgerinnen und Bürger vor allem aufgrund der sozialen Forderungen sowie der Antikriegspolitik zu einer politischen Alternative geworden sind. Der Wahlausgang signalisiert: Mit einer schwarz-gelben Koalition wird sich die Lage weiter zuspitzen. Schon ist von „tiefen Einschnitten“ die Rede und der CSU-Wirtschaftsminister Guttenberg bestätigt, dass es „ein hartes Jahr“ werden wird und wir „auf das eine oder andere Liebgewonnene verzichten müssen“. Dass jetzt die Krisengewinner und Spekulanten zur Kasse gebeten werden, ist kaum zu erwarten. Wieder einmal sollen die „kleinen Leute“ die Rechnung bezahlen. Von einer neuen Erhöhung der Mehrwertsteuer ist be-

Kinderschutzbund organisierte Demonstration in Püttlingen:

Kinder trommeln für ihre Rechte

Genau einen Tag vor der Bundestagswahl gab es in Püttlingen eine bemerkenswerte Demonstration: Während die Parteien auf dem Burgplatz ihr letztes Werbematerial verteilten, zog plötzlich eine größere Schar von Mädchen und Jungen auf das Areal vor der Stadthalle. Unter lautem Trommeln, mit Tröten, Rasseln und Kläppern wurde auf die Forderungen des Kinderschutzbundes aufmerksam gemacht:

Fast zwei Jahrzehnte nach Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention stehe die Aufnahme der Kinderrechte in das deutsche Grundgesetz immer noch aus. Dabei gebe es auch in Püttlingen etwa 400 arme Kinder, die auf staatliche Sozialleistungen angewiesen seien. Notwendiger denn je sei es, dass endlich die Kinder zu ihrem Recht

reits die Rede, von anderen Grausamkeiten ganz zu schweigen.

Künftig wird es in Deutschland kontroverser zugehen. Außerparlamentarischer Widerstand der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen wird dringender denn je. Wenn dem zu erwartenden sozialen Kahlschlag und der Abwälzung der Krisenlasten auf die große Mehrheit der Bevölkerung durch die schwarz-gelbe Regierung wirksamer Widerstand entgegengesetzt werden soll, dann werden die Gewerkschaften jetzt beginnen müssen, den aktiven Abwehrkampf und dabei auch den politischen Streik etappenweise vorzubereiten.

Nun heißt es sich wehren

Das Volk in der Bundesrepublik und seine gewerkschaftlichen und sozialen Organisationen haben jetzt nur noch zwei Möglichkeiten: Entweder nehmen sie die auf uns zukommenden schmerzhaften Belastungen tatenlos hin oder sie entschließen sich zu aktivem Widerstand. Dabei gilt immer noch der bekannte Spruch: Wer nicht kämpft, hat von vornherein schon verloren.

Die DKP wird auch weiterhin alles in ihren Kräften stehende tun, um die Aktivitäten der gewerkschaftlichen und sozialen Bewegungen zu unterstützen und die Zusammenarbeit mit der Partei „Die Linke“ und anderen demokratischen und antifaschistischen Kräften zu fördern.

kommen. An die anwesenden Parteienvertreter wurde appelliert, sich im Bundestag dafür einzusetzen, dass das Wohlergehen von Kindern im Grund-

Thomas Hagenhofer, DKP Saar:

Politikwechsel ist fällig



Mit dem Aufruf „Politikwechsel im Saarland dringender denn je - Nicht nur wählen, sondern Druck

machen!“ hat die DKP kurz vor der Landtagswahl ihre inhaltliche Position für einen Regierungs- und Politikwechsel klar gemacht.

Jetzt hat sich der DKP-Bezirksvorsitzende erneut (UZ vom 4.9.09) zu dieser Frage geäußert:

„Unser Standpunkt bleibt auch nach den Wahlen aktuell. Wir fordern weiterhin die Erarbeitung u. Durchsetzung eines Landesentwicklungsprogramms mit dem Grundsatz ‚Der Mensch kommt vor dem Profit‘. Im Mittelpunkt eines solchen Programms muss die Zukunft der Arbeit stehen. Es muss Sofortmaßnahmen beinhalten, wie Massenarbeitslosigkeit und soziale Not sofort bekämpft werden können, wie die Kinderarmut überwunden und Altersarmut verhindert wird. Es muss Wege aufzeigen, wie die Zerstörung der ökologischen Existenzgrundlagen beendet und eine Energiegewende herbeigeführt wird. Es muss klare Maßnahmen enthalten, wie Bildung, Gesundheit für alle gesichert, wie mehr Mitbestimmung in Betrieb und Gesellschaft durchgesetzt wird“.

gesetz festgeschrieben wird. Die Mitglieder des OV Püttlingen des Kinderschutzbundes wollen auch künftig für ihre Forderungen öffentlich werben.



Immer mehr Zivilisten werden getötet, Zahl der gefallenen Bundeswehrsoldaten nimmt zu:

Afghanistan - was dort passiert ist Krieg, was sonst?



Zunehmend mehr Menschen in unserem Land bekommen Ängste und Beklemmungen, wenn sie diese Schlagzeilen in der Presse lesen. In Afghanistan herrscht Krieg und die Bundeswehr ist aktiv daran beteiligt, obwohl zwei Drittel aller Deutschen den Einsatz am Hindukusch ablehnen. Sie befürchten, dass eines Tages die Folgen des Krieges auf uns zurückschlagen.

In Afghanistan sterben immer mehr deutsche Soldaten; erst dieser Tage wurde gemeldet, dass ein 24-jähriger Soldat der Saarlandbrigade an den Spätfolgen eines Anschlages vom letzten Jahr gestorben ist. Er ist das 36. Opfer des Einsatzes am Hindukusch.

So bedauerlich der Tod der Soldaten ist, kommt diese Folge der Beteiligung am Afghanistan-Einsatz aber nicht unerwartet. Wer Soldaten in den Krieg schickt, muss solche Opfer in Rechnung stellen. Ein Verbrechen ist es aber, dass immer mehr Unbeteiligte zu den Opfern dieses Krieges werden.

Unlängst erregte die Meldung, dass eine afghanische Frau und zwei Kinder „irrtümlich“ von einem Bundeswehrposten erschossen wurden, noch ungläubiges Kopfschütteln. Doch nachhaltige und schärfste Verurteilung löste

ein von der Bundeswehr angeordneter Luftangriff gegen zwei Tanklastzüge im nordafghanischen Kundus aus. Unter den 99 Toten befanden sich 30 unschuldige Opfer, darunter wehrlose Frauen und Kinder.

CDU-Minister Jung verteidigte diesen Einsatz, weil gerade im Raum Kundus eine „besonders kritische Situation“ herrsche. Doch von einem Krieg will Jung weiter nicht sprechen: „Das ist die völlig falsche Wortwahl, da Krieg Zerstörung bedeutet“.

Aber was ist es denn sonst? Was dort geschieht ist Krieg! Da werden nicht nur Häuser, Straßen und Brücken, sondern auch zunehmend mehr Menschenleben zerstört. Wer das bestreitet und stattdessen von einem „Stabilisierungseinsatz“ faselt, ist ein die Menschen verachtender Sadist.



Bomben und Panzer bringen in Afghanistan weder Frieden noch Demokratie. Alle Truppen müssen von dort verschwinden, auch die Bundeswehr, wenn das Land und seine Menschen eine Zukunft haben sollen.

Oberst Gertz, Chef des Bundeswehrverbandes, hält von dieser Verharmlosung durch den Minister nichts. Er gibt zu, Deutschland sei in einem Krieg. Die getöteten Bundeswehrsoldaten seien nicht „ums Leben gekommen“, sondern „für Deutschland gefallen“.

Klar, wenn schon Krieg, dann muss auch die deutsche Tradition der Heldenverehrung zur Geltung kommen. Wofür eigentlich lässt Jung in Berlin die neue Gedenkstätte errichten? Für „Einsatzgeschädigte“ oder für die neue Generation der „Gefallenen“?

In Kürze steht im Bundestag die Verlängerung des „Afghanistan-Mandats“ an. Die Mehrheit der Deutschen will, dass der Kriegseinsatz nicht verlängert und die Zahl der Krieger nicht ausgeweitet wird. Die Bundeswehr darf sich nicht länger an diesem Krieg beteiligen, dessen Ziel darin besteht, den strategischen Raum Afghanistan für die Be-



herrschung des Nahen und Mittleren Ostens durch die US-geführte NATO zu sichern.

Wie lange soll dieser Krieg noch anhalten, der bereits länger dauert als der zweite Weltkrieg? An dessen Eskalation ist die Bundeswehr mit der Aufstockung ihrer Truppe und weiteren Maßnahmen massiv beteiligt.

Die Friedensbewegung fordert den Abzug der Truppen aus Afghanistan. Nur so werde dem Land die Chance zu einer friedlichen Entwicklung eröffnet. Das Sterben kann nur aufhören, wenn der Krieg beendet wird. Und die Gefahr, dass der Krieg eines Tages auch zu Anschlägen in Deutschland führen könnte, wäre damit gebannt.



Der so genannte Blockinnenbereich zwischen Marktplatz, Marktstraße und Ismertstraße wird derzeit ausgebaut. Dem liegt ein Beschluss des Stadtrates zugrunde, der auch von der DKP-Fraktion unterstützt wurde. Bis zum Jahresende soll die Maßnahme abgeschlossen werden.

Unerwünschte Ratschläge eines politisch Kurzsichtigen:

SZ-Journalist auf Obrigkeitskurs

Er kann es nicht lassen. Und es ist nicht das erste Mal, dass Lokalredakteur Marco Reuther sich berufen fühlt, den Kommunalpolitikern in der Region Ratschläge zu erteilen, wie z.B. am 18. Juli.

Eingehend auf das Finanzloch im Püttlinger Haushalt, das mit rund 32 Millionen Euro ganz beachtlich ist, kommt Reuther zu dem Ergebnis: „Kommunalpolitiker müssen sich daher **trauen**, den Bürgern etwas abzuverlangen, zum Beispiel, dass wir Bürger das eine oder andere Amt nicht mehr in Püttlingen ... sondern in einer Nachbarkommune ansteuern müssen. Und auch das Wort ‚Personalabbau‘ muss in diesem Zusammenhang fallen“.

Die neoliberalen Befürworter einer radikalen Rotstiftpolitik können zufrieden sein, solche Unterstützung zu erfahren. Genau das ist es nämlich, was seit Jahren praktiziert wird und

jetzt nach den Wahlen verstärkt weitergeführt werden soll: Das Volk wird bis aufs letzte Hemd ausgezogen, aber über die Verschleuderung von Milliardenbeträgen für die Banken, für Steuergeschenke an die Reichen, für Rüstung und Kriegbeteiligung soll nicht geredet werden.

Selbst wenn man Marco Reuther folgen wollte: Noch mehr Einsparungen im städtischen Haushalt werden zwar die Bürger belasten, aber die Probleme nicht lösen, solange das Übel nicht an der Wurzel gepackt wird. Erst dieser Tage warnte der Deutsche Städte- u. Gemeindebund vor einem bundesweiten „Defizit bei den Kommunen von 12,5 Milliarden Euro“, er forderte staatliche Hilfe.

Darum geht es. Notfalls müssen die Kommunen ihre Forderungen mal „auf der Straße“ vertreten. Das hat der SZ-Journalist noch nicht kapiert oder ihm fehlt der Mut, es zu sagen.

Kurz und knapp

Übereinstimmung gab es bei den im Stadtrat vertretenen Fraktionen, dass die Einsetzung eines Kinder- und Jugendbeauftragten wie bisher als ehrenamtliche Tätigkeit gehandhabt werden soll und dafür kein geringfügiges Arbeitsverhältnis in Frage kommt. Sowohl im Ausschuss als auch im Stadtrat verwies die DKP bei dieser Gelegenheit auf die Notwendigkeit des Einsatzes von „Streetworkern“ in unserer Stadt, die sich intensiv mit den Problemen junger Menschen beschäftigen. Jetzt sollen Gespräche abgewartet werden, die derzeit mit dem Regionalverband darüber geführt werden.

*

Der zentrale Omnibusbahnhof soll möglichst bald realisiert werden. Deshalb beschloss der Stadtrat in seiner letzten Sitzung die erforderliche Genehmigungsplanung. Natürlich gab die DKP ihre Zustimmung, damit im öffentlichen Nahverkehr künftig ein leistungsfähiger Umsteigeplatz für die Busbenutzer zur Verfügung steht.

*

Fahrbahnerneuerung in der Espenstraße. Die Ausschreibung dieser Maßnahme wurde vom alten Stadtrat in seiner letzten Sitzung wegen unzureichender Mittel aus dem angemeldeten Förderprogramm aufgehoben. Nicht zuletzt spielte eine Rolle, dass die wiederkehrenden Beiträge hätten rückwirkend erhöht werden müssen. Jetzt hat die CDU das Thema erneut auf die Tagesordnung gebracht. Die DKP blieb bei ihrer ablehnenden Haltung. Nicht dass wir gegen diese Fahrbahnerneuerung wären, im Gegenteil. Wir können aber nicht zustimmen, dass die Bürger dafür rückwirkend höhere Beiträge entsprechend der Straßenausbausatzung blechen müssen.

*

Die Sanierung des Schlösschen ist auf den Weg gebracht. Die DKP begrüßt das. Ratsmitglied Hans Schwindlung hinterfragte im Werksausschuss den Umfang dieser Maßnahme.

Große Solarstrom-Anlage in Etzenhofen geplant:

Jamaika-Koalition will privaten Betreiber

Was auf Landesebene noch heiß umstritten ist, wird in Püttlingen längst realisiert: eine Jamaika-Koalition. Die bei der letzten Stadtratswahl abgehalfterte CDU hat sich dafür die FDP eingekauft, der sie einen Beigeordneten-Posten zuschacherte und weitere Zugeständnisse versprach. Unterstützt wird dieses „demokratisch abgesicherte“ Komplott durch den Grünen-Vertreter, der sich zunehmend als treuer Paladin der CDU entpuppt.

Ratsmitglied Adams hat bei der konstituierenden Ratssitzung kein Wort zur Politik der „Grünen“ rausgebracht, auch in der letzten Sitzung des Stadtrates übte er sich weiter in Schweigen. Aber treu und brav hebt er bei Abstimmungen zusammen mit der CDU die Hand. Und bei Ausschuss-Sitzungen, an denen er nicht teilnehmen kann, lässt er sich durch Ratsmitglieder der CDU vertreten.

Also, dieser schwarze Grüne (oder grüne Schwarze?) ist im Bündnis mit CDU und FDP dabei. Jamaika lebt und viele Wähler in Püttlingen verstehen die Welt nicht mehr.

So können viele Menschen in unserer Stadt nicht begreifen, warum die geplante Solarstrom-Anlage in Etzenhofen ausgerechnet von einem privaten Betreiber realisiert werden soll, was von CDU, FDP und „Grün“ so beschlossen wurde.

Doch zunächst zur Sache selbst. Auf dem früheren SKF-Gelände in Etzenhofen gibt es eine etwa 3000 Quadratmeter große Fläche, die für Gewerbeansiedlung nicht geeignet ist. Aber eine Fotovoltaik-Nutzung zur Erzeugung von Strom könnte dort in Frage kom-

men. Die Errichtung einer Freiflächen-Solaranlage in diesem Bereich würde eine Investition von ca. 350.000 Euro erfordern, aber bei einer Laufzeit von 20 Jahren wäre ein Überschuss von etwa 52.000 Euro erzielbar. Dies hatte Dr. Alexander Dörr von der ARGE Solar Saar zuvor in der Werksausschusssitzung ausführlich erläutert.

Streit entzündete sich an der Frage, wer die Anlage realisieren soll: Ein privater Betreiber oder die Stadt selbst?

Die DKP sprach sich dafür aus, den städtischen Eigenbetrieb mit dieser Aufgabe zu betreiben: Warum soll ein private Betreiber den Gewinn erzielen, wenn die Stadt selber diese Aufgabe bewältigen kann? In diesem Zusammenhang erwähnte der DKP-Sprecher auch die Stromkonzerne, die ihre Monopolstellung mißbrauchen und auf Kosten der Verbraucher riesige Profite kassieren. Diese Tendenz dürfe nicht noch gefördert werden, indem auch die Solar-Energie dem puren Profitstreben ausgeliefert werde.

CDU und FDP stellten Probleme der Finanzierung, der Sicherung der Anlage vor Vandalismus und Unterhaltungskosten zur Diskussion; sie warnten da-



Erinnern Sie sich noch an diese ominöse „Wählerinitiative“: Ich lasse mich nicht linken?

Sie wurde vom Püttlinger Anwalt Warcken als Treuhänder gehätschelt und von dem früheren Stadtratsmitglied Günter Klein sowie weiteren CDU-lern aktiv, vor allem auch finanziell gefördert. Doch diese dumm-dreiste Schmutzkampagne ist in die Hose gegangen, die Linken haben bei der Landtagswahl sensationelle Wahlergebnisse erzielt. Und das ist gut so.

Günter Klein hat die Sache viel Ärger bereitet. Von den eigenen Parteifreunden wurde er angemacht, viele sind auf ihn sauer. Das hätte er aber wissen können, denn wer sich in Gefahr begibt, kann darin umkommen!

vor, die Stadt ein Risiko eingehen zu lassen. Schließlich stimmten sie mit Hilfe des „Grünen“ dafür, dass ein privater Betreiber das Geschäft machen soll. Die Stadt kann dafür jährlich 800 Euro an Pacht kassieren. Der Private kassiert zwar den Gewinn, dafür „trägt er aber auch das volle Risiko“, so die Jamaikaner.

Fragt sich nur, welcher Investor wird eine Solaranlage in Etzenhofen bauen, ohne sich einen satten Gewinn zu versprechen, zumal dieser Betreiber genau wie die Stadt eine Menge Geld in die Hand nehmen, Fragen der Sicherheit und Rentabilität klären muss. Kein Investor gibt Geld aus, ohne sich einen Erfolg zu versprechen!

Als DKP vertraten wir die Meinung, dass der städtische Eigenbetrieb diese Aufgabe übernehmen sollte, damit dann auch Gewinne der Stadt zugute kommen. Diese Auffassung fand Zustimmung bei SPD und Linken, aber die Privatisierer behielten diesmal leider die Oberhand.



In Städten und Gemeinden fehlen Mittel für dringende zivile Investitionen. Wo das notwendige Geld steckt, macht der Rüstungsetat deutlich. Er ist 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 1,6 Milliarden Euro auf 31,1 Mrd. Euro gestiegen - die größte Steigerung eines Einzeletats. Die Folgen sind Kürzungen im Sozialbereich, während für den Krieg in Afghanistan Geld da ist.